

25. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

30. Mai 1951.

278/3

A n f r a g e

der Abg. Dr. S t ü b e r , Dr. G a s s o l i c h und Genossen  
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,  
betreffend die von den Alliierten beschlagnahmten Häuser und Wohnungen.

-.-.-.-

Laut einer Mitteilung des Städtebundes vom Herbst vorigen Jahres waren zu dieser Zeit noch rund 10.000 österreichische Staatsbürger durch Zwangsdelogierung seitens der verschiedenen Besatzungsmächte von der Ausübung des Besitzes bzw. Mietrechtes an ihren rechtmässig erworbenen Liegenschaften, Häusern und Wohnungen gehindert. Wenn auch von einzelnen Besatzungsmächten hin und wieder ein oder das andere Objekt freigegeben und seinem rechtmässigen Eigentümer zur Benützung zurückgestellt wurde, so ist doch immer noch ein sehr grosser Teil der Zwangsdelogierten in meist völlig unzulänglichen Ersatzwohnungen untergebracht. Bei vielen dieser Personen handelt es sich überdies um Menschen, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse ihr gesamtes Hab und Gut, dazu oft noch Beruf, Stellung und Einkommen verloren haben. Ihre Erbitterung ist umso begreiflicher, als das Entgelt - soweit sie ein solches für die Beschlagnahme ihrer Objekte und Wohnungen samt Hausrat usw. überhaupt bekommen - den wahren wirtschaftlichen Wertverhältnissen oft nicht entfernt entspricht.

Die Besatzungsoffer können diese Zustände umso weniger verstehen, als allgemein bekannt ist, dass die Besatzungsmächte die von ihnen beschlagnahmten Objekte durchaus nicht immer voll ausnützen und dass zum Beispiel viele beschlagnahmte Privatwohnungen, aber auch Hotels, praktisch leer stehen. Beispielsweise sei nur auf einen Fall verwiesen, wo in einem von einer Besatzungsmacht in einer westlichen Stadt Österreichs beschlagnahmten Hotel mit 96 Zimmern nur vorübergehend einige Zimmer besetzt sind, für welche die Besatzungsmacht dem Hotelier pro Nacht 2.50 S bis 3.50 S vergütet, während sie die Zimmer selbst an Ausländer (Schweizer) zu einem Preis von 50 S pro Nacht vermietet. Solches muss naturgemäss nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen selbst, sondern überhaupt in weitesten Kreisen der Bevölkerung böses Blut machen und kann durchaus nicht in der Absicht der Alliierten gelegen sein.

Wir unterzeichneten Abgeordneten sind nun der Meinung, dass es durch entsprechende - und nötigenfalls immer wieder wiederholte -

26. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

30. Mai 1951.

Vorstellungen österreichischerseits bei den Alliierten wohl gelingen müsste, entsprechendes Verständnis für die Notlage der Betroffenen zu finden, zumal ja der allgemeine Wohnraummangel und die drückende Wohnungsnot in Österreich weltbekannte Tatsachen sind. Dass derartige Schritte nicht vergeblich sein werden, beweist unter anderem die Erklärung des Unterstaatssekretärs im britischen Auswärtigen Amt, Mr. Ernest Davies, am 30. November 1950 in Unterhaus, wonach er ausführte, dass die britische Regierung beschlossen habe, einen Block von 100 Wohnungen für verheiratete britische Truppenangehörige in Österreich zu bauen, so dass Wohnräume für die österreichische Zivilbevölkerung freigemacht werden können. Dieser Erklärung ist nämlich ein Brief des Vorsitzenden der Besatzungsgemeinschaft Kärntens, des Herrn Jakob Kober in Klagenfurt, an den damaligen britischen Außenminister Bevin vom 23. Oktober 1950 vorausgegangen, worin eine diesbezügliche private Vorstellung bei der britischen Regierung enthalten war. Derartige Schritte müssen aber noch einen ganz anderen Nachdruck und eine viel höhere Bedeutung besitzen, wenn sie offiziell von verantwortlicher österreichischer Seite unternommen werden.

Wir unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die

A n f r a g e :

Ist der Herr Minister bereit, bei den Regierungen der alliierten Mächte vorstellig zu werden, damit von ihrer Seite aus wirklich nur der für ihre Zwecke unbedingt notwendige private Wohnraum in Österreich künftighin in Anspruch genommen und zusätzlich alles getan wird, um durch Bau eigener Quartiere noch weiteren beschlagnahmten Wohnraum für die schwer unter den Wohnungsmangel leidende österreichische Bevölkerung freizustellen?

-.--.-.-.-